

AUSSCHREIBUNG ZUM 20. BREMER SOLIDARITÄTSPREIS 2027

AUTORITÄRE NATIONALISMUS ALS BEDROHUNG VON DEMOKRATIE, FREIHEIT UND INTERNATIONALER ORDNUNG

Der internationale Bremer Solidaritätspreis für Demokratie und Menschenrechte wird alle zwei Jahre vom Senat der Freien Hansestadt Bremen verliehen. Er ist dank einer privaten Zustiftung mit 10.000 € dotiert und soll Personen und Initiativen ermutigen und würdigen, die sich für Menschenrechte und Demokratie sowie gegen die Folgen von Kolonialismus und Rassismus einsetzen.

Neben dem Preisgeld ist ein wichtiger Bestandteil des Bremer Solidaritätspreises die Vernetzung der Preisträger:innen mit relevanten Personen und Organisationen aus Politik und Zivilgesellschaft in Bremen sowie Berlin oder Brüssel. Dies wird im Rahmen einer begleiteten Vernetzungsreise organisiert.

Mit dem 20. Bremer Solidaritätspreis sollen zivilgesellschaftliche Initiativen, Dachverbände oder einzelne Personen ausgezeichnet werden, die in ihrem nationalen Kontext und/oder in der internationalen Zusammenarbeit mit ihrem Engagement für Demokratie, eine starke Zivilgesellschaft, Meinungs- und Pressefreiheit, gegen Hass und Hetze, gegen Desinformation und für einen respektvollen Umgang miteinander ein Hoffnungszeichen für die Zukunft setzen und mit ihren Projekten und ihrem Engagement positive Signale in die Gesellschaft senden.

Gesucht werden Akteur:innen, vorrangig aus dem Globalen Süden, die sich in ihrem lokalen Kontext in fragilen Demokratien und autokratisch regierten Staaten kreativ und innovativ gegen autoritären Nationalismus wenden und sich mit ihrem Engagement diesem entgegenstellen. Dabei kann sich das Engagement auf verschiedene Themenbereiche beziehen und in unterschiedlicher Weise ausdrücken. Der Kampf gegen die Einschränkung von Handlungsspielräumen für die Zivilgesellschaft (Shrinking Space), für Meinungs- und Pressefreiheit, Zugang zu Informationen und Kampf gegen Desinformation, Steuergerechtigkeit und das Einfordern von Rechenschaftspflicht von nationalen Regierungen sowie Demokratieförderung sind nur einige Beispiele. Über Nominierungen von Initiativen junger Menschen / junge Aktivist:innen würden wir uns besonders freuen.

In Zeiten besonders krisenbehafteter internationaler Beziehungen und zunehmender Unsicherheiten sind in vielen Ländern weltweit nationalistische Gedanken und autoritäre Bewegungen im Aufwind. Dies betrifft sowohl Gesellschaften in der nördlichen als auch der südlichen Hemisphäre, Industrieländer genauso wie Länder des Globalen Südens.

In vielen Ländern sehen wir ein Voranschreiten von einem autoritär geprägten Nationalismus. Bewegungen wie „My Country First“ stellen sich bewusst gegen die etablierte internationale Rechtsordnung und Multilateralismus, stellen internationale Organisationen und den Mehrwert einer Zusammenarbeit der Staatengemeinschaft in Frage und verunsichern damit nicht nur die eigene Bevölkerung, sondern auch befreundete Länder und Staaten. Dabei werden Nachteile für andere Länder bewusst und billigend in Kauf genommen. Eigene Interessen und das Recht des Stärkeren werden gegen internationale Solidarität und Partnerinteressen ausgespielt, politische Prozesse unterlaufen, Gewaltenteilung missachtet, gezielt Desinformationskampagnen durchgeführt und die Demokratie existentiell bedroht.

Diese sichtbare Tendenz, befördert insbesondere von Großmächten mit vielfältigem Einfluss, bedroht dabei nicht nur die Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit im eigenen Land massiv, sondern führt zu einem negativen gesellschaftlichen Wandel, in dem eine abwertende Gesprächskultur, Hass und Hetze Normalität werden und zur Verrohung der Gesellschaft und der gesellschaftlichen Debatte beitragen. Autoritärer Nationalismus hat zudem immense Auswirkungen auf die internationale Staatengemeinschaft, bewährte Rechtsmechanismen und sicher geglaubte Strukturen und erschüttert die Grundwerte der multilateralen Weltordnung. Negative wirtschaftliche Auswirkungen treffen dabei die schwächeren Länder im Globalen Süden besonders stark.

Vor diesem Hintergrund sind positive Beispiele und optimistische Signale zur Förderung und Bewahrung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit, Rechenschaftspflicht von Regierungen, einer starken Zivilgesellschaft und einer multilateralen Zusammenarbeit von besonderer Bedeutung und sollen beim 20. Bremer Solidaritätspreis im Fokus stehen.

Die Auszeichnung ist auch mit der Absicht verbunden, dass die so geschaffene Öffentlichkeit einen Beitrag zum Schutz der Preisträger:in bzw. der preistragenden Organisation oder Initiative leisten kann.

Begründete Vorschläge für mögliche Preisträger:innen können bis zum 30. September 2026 eingereicht werden. Hierfür steht Ihnen ein Online-Formular für Nominierungen zur Verfügung. Eigenbewerbungen werden nicht angenommen. Bei Rückfragen wenden Sie sich gerne an:

Geschäftsführung des Kuratoriums zum Bremer Solidaritätspreis
c/o Senatskanzlei Freie Hansestadt Bremen
z.Hd. Frau Silke Goethe / Frau Dr. Annette Lang
Am Markt 21, 28195 Bremen
E-Mail: silke.goethe@sk.bremen.de; annette.lang@sk.bremen.de

Weitere Informationen zum Bremer Solidaritätspreis finden Sie unter:
www.solidaritaetspreis.bremen.de

